

[Bilder einblenden](#)

NETZEITUNG.DE

URL dieses Artikels: <http://www.netzeitung.de/wirtschaft/wirtschaftspolitik/680936.html>

Der Preis ist heiß

26. Jun 08:18

Die deutschen Energiekonzerne scheren sich nicht um ihr Image - der Profit geht über alles. Warum ein Ende der überhöhten Strompreise nicht in Sicht ist, erklärt *Marcus Gatzke*.

Fast kein anderes Thema hat in den vergangenen Jahren für so viel Diskussionen und Debatten – am heimischen Herd wie auch in der breiten Öffentlichkeit – gesorgt wie die hohen Energiepreise in Deutschland. Wer bei der Suchmaschine Google das Wort «Strompreis» eingibt, erhält mehr als 400.000 Treffer – eine Vielzahl davon weist auf Angebote hin, auf denen Verbraucher die Preise der einzelnen Anbieter vergleichen können.

Wer jedoch dem Glauben erliegt, durch die jüngsten Maßnahmen zur Schaffung von mehr Wettbewerb auf dem deutschen Strommarkt (siehe Hintergrund) wäre der Preis-Erhöhungswettlauf alsbald am Ende, könnte bitter enttäuscht werden. Kaum hatte das Kabinett in der vergangenen Woche beschlossen, künftig einen Teil der so genannten Verschmutzungsrechte im Rahmen des Emissionshandels zu versteigern, schallte es aus den Pressestellen der Energiekonzerne: Dann werden wir die Preise anheben.

«Ein Fall fürs Kartellamt»

Für Energie-Expertin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ist die Ankündigung bemerkenswert: «Die Konzerne geben damit öffentlich ihren Marktmissbrauch zu», kritisiert die Professorin für Umweltökonomie an der Humboldt-Universität in Berlin. «Das ist ein Fall für das Bundeskartellamt.» Die Expertin sieht «keinen Anlass für eine Anhebung der Strompreise». Die Zertifikate seien schon in der Vergangenheit anteilig eingepreist worden - nochmalig sei das nicht möglich.

Die Maßlosigkeit, mit denen sich die Energieversorger in der Vergangenheit am deutschen Verbraucher gütlich getan haben, ist enorm. Mehrfach im Jahr wurden die Preise erhöht – die Genehmigungspflicht durch die Länder, die zum 1. Juli ausläuft, war nie ein wirkliches Problem, zu gering deren Macht, einen solchen Schritt wirksam zu verbieten.

Bezahlte ein durchschnittlicher Drei-Personen- Haushalt mit 3500 Kilowattstunden Jahresverbrauch 2002 noch 46,99 Euro im Monat, waren es im laufenden Jahr monatlich 59,38 Euro - also rund 26 Prozent mehr. Ab dem 1. Juli soll sich ein rechtlich gestärktes Bundeskartellamt der Stromwirtschaft annehmen.

«Dreistigkeit» ohne Grenzen

Allein den zusätzlichen Gewinn, den die Unternehmen durch Preiserhöhungen in der ersten Runde des Emissionshandels erwirtschaftet haben, beziffert Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) auf vier bis sechs Milliarden Euro. Zur Erinnerung: Die Verschmutzungsrechte wurden kostenlos an die Unternehmen ausgegeben und trotzdem wurden die Zertifikate komplett als Kosten in die Bilanz eingestellt. Das Kartellamt entschied dagegen, dass CO₂-Zertifikate maximal zu 25 Prozent auf die Kunden abgewälzt werden dürfen.

Entsprechend erbost ist Gabriel über die erneute Ankündigung der Stromfirmen und spricht von einer «Dreistigkeit», die kaum zu überbieten sei. Die Energiekonzerne scheinen sich indes wenig um Gabriel und noch weniger um ihr öffentliches Image zu scheren.

Dass ein Teil der Zertifikate in der zweiten Runde versteigert werden soll, können die Unternehmen geschickt zu ihren Gunsten ausnutzen: «Es ist zu erwarten, sollte es zu einer klassischen Auktion kommen, dass sich die Unternehmen nicht rational verhalten», prognostiziert Expertin Kemfert.

«Sie werden versuchen, möglichst hohe Preise für die Zertifikate zu erzielen.» Die Folge: Die Preiserhöhungen für die Verbraucher können noch deutlicher ausfallen. «Die Unternehmen werden versuchen, sich das Geld so doppelt und dreifach beim Verbraucher zurückzuholen», ist Kemfert überzeugt.

[Zum zweiten Teil des Artikels](#) .

[Bilder einblenden](#)

NETZEITUNG.DE

URL dieses Artikels: <http://www.netzeitung.de/wirtschaft/wirtschaftspolitik/681172.html>

Der Preis ist heiß (II)

26. Jun 08:18

Die deutschen Energiekonzerne scheren sich nicht um ihr Image - der Profit geht über alles. Warum ein Ende der überhöhten Strompreise nicht in Sicht ist, erklärt *Marcus Gatzke*.

Nicht nur die Bürger, auch die Unternehmen stöhnen unter der Last der hohen Energiepreise. Speerspitze der Kritiker ist Werner Marnette, Vorstandsvorsitzender der Norddeutschen Affinerie, dem größten Kupferproduzenten in Deutschland. Seine Stromrechnung sei massiv gestiegen, schimpft er bei jeder Gelegenheit und warnt vor Jobverlusten durch das Strom-Oligopol.

Ein von der Norddeutschen Affinerie in Auftrag gegebenes Gutachten kommt zu Schluss, dass 30 Prozent des Strompreises reiner Monopolgewinn sind. Um insgesamt 45,4 Prozent seien die Strompreise seit 2000 gestiegen, rechnen die Experten von der Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforchung vor. Nur rund 15 Prozent davon seien jedoch auf höhere Kosten und den allgemeinen Preisanstieg zurückzuführen. Bei wettbewerblichen Energiepreisen wäre zudem das Wirtschaftswachstum 2006 um bis zu 0,47 Prozent höher ausgefallen.

Überraschend? Nicht wirklich. Allein der Umstand, dass die Stromnetze in Deutschland in regionale Monopole aufgeteilt sind, macht jeden Wettbewerb, der aus dem Ausland kommen könnte, schnell zunichte. Die Gebühren, die die vier Großkonzerne in der Vergangenheit verlangt haben, waren so hoch, dass es für ausländische Anbieter nicht lukrativ war, Strom in Deutschland anzubieten.

Netzagentur sorgt für geringere Gebühren

Mittlerweile ist die Bundesnetzagentur dabei, dem einen Riegel vorzuschieben. Gleich mehreren Unternehmen wurde eine deutliche Reduzierung der so genannten Netzentgelte auferlegt – ermöglicht durch das neue Energiewirtschaftsgesetz, das dem Regulierer deutlich mehr Spielraum gibt, den Anbietern auf die allzu gierigen Finger zu hauen. Bei den Endpreisen hat sich dies jedoch bisher nicht bemerkbar gemacht.

All dies kann für Kemfert deshalb nur ein erster Schritt sein: Sie fordert eine europäische Regulierungsbehörde und «gleiche Rechte für alle». Es könne nicht sein, dass Frankreich und Spanien ihre Energiemärkte so abschotteten. So hofft sie auf mehr Wettbewerb und in der Folge sinkende Preise. Eine Abtrennung der Netze ist für Kemfert dagegen «kein Allheilmittel». Auch dann müsse immer noch sehr stark reguliert werden.

Vattenfall muss bluten

Dass die Sensibilität unter den deutschen Verbrauchern deutlich zugenommen hat, zeigt das Beispiel Vattenfall. Kaum hatte die Bundesregierung beschlossen, dass eine Erhöhung der Preise ab dem 1. Juli 2007 nicht mehr genehmigungspflichtig ist, kündigte das Unternehmen einen saftigen Preisaufschlag von 6,5 Prozent an.

Vattenfall hat jedoch den aufgestauten Unmut der Verbraucher deutlich unterschätzt. Schon 20.000 Berliner sollen Vattenfall den Rücken gekehrt haben – bei der Verbraucherzentrale Berlin laufen die Telefone heiß. Nach Ansicht der Bundesnetzagentur wechseln aber immer noch viel zu wenig Kunden den Stromanbieter: «Die Wechselquoten sind sehr bescheiden», konstatiert Netzagentur-Präsident Matthias Kurth und nennt als Grund eine «irrationale Angst» möglicherweise ganz ohne Strom dazustehen.

Nicht nur Vattenfall hat eine Preiserhöhung angekündigt – eine Vielzahl von Anbietern nutzt die Gelegenheit, im Strom der Wettbewerber zu schwimmen und vielleicht von der Öffentlichkeit unbemerkt davonzukommen. Dabei hatten die gleichen Unternehmen erst Anfang des Jahres die Erhöhung der Mehrwertsteuer genutzt, die Preise anzuheben.

Kemferts Fazit: «Die Strompreise werden auch in den kommenden Jahren kaum sinken, sondern tendenziell weiter steigen.»

[Zum ersten Teil des Artikels.](#)

MEHR IN DER NETZEITUNG

Hintergrund: Maßnahmen für billigeren Strom<http://www.netzeitung.de/wirtschaft/wirtschaftspolitik/680933.html>

Alle Rechte © 2007 NZ Netzeitung GmbH